

Herr Gabriel, die internationale Politik gleicht einem Raubtiergehege, und Europa wirkt orientierungslos. Wieso schaffen es die Europäer nicht, sich in dieser Welt zu behaupten?

Der Dschungel ist zurück. Die amerikanische Ordnung, die wir lange Zeit hatten, war zwar nicht perfekt, aber sie hat zumindest versucht, Konflikte einzudämmen. Nun wollen die USA diese Aufgabe nicht mehr übernehmen. Wir Europäer waren es jahrzehntlang gewohnt, dass wir uns nicht in geopolitische Konflikte einmischen sollten. Wir wurden sozusagen dazu erzogen. Als ich 2017 Aussenminister wurde, war «Geopolitik» noch ein Unwort.

Warum?

In einer meiner ersten Reden verwendete ich das Wort. Ein Mitarbeiter fragte erschrocken, ob ich wirklich von Geopolitik sprechen wolle. Das sei missverständlich, klinge zu sehr nach Imperialismus. Daran sehen Sie, aus welcher Welt wir kommen. Die europäische Politik entwickelt erst allmählich ein Gefühl für globale Machtpolitik. Erschwerend kommt hinzu, dass die 27 Mitgliedstaaten bei weitem nicht einer Meinung sind, was geopolitische Fragen angeht. Deswegen gibt es diese «Koalition der Willigen». Das wird in Zukunft eher der europäische Pfeiler der Verteidigungspolitik sein als die EU.

Sie denken, dass Europa nur in solchen kleineren Koalitionen geopolitisch handeln kann?

Es ist das, was derzeit pragmatisch geht. Wir haben keine Zeit, auf die 27 Mitgliedstaaten zu warten, von denen nicht einmal alle in der Nato sind. So können wir die Handlungsunfähigkeit der EU zumindest halbwegs überbrücken.

Sind denn die Europäer mittlerweile in der geopolitischen Realität angelangt?

Wenn man sich die Reden anhört, dann sind wir angekommen. Wenn man das Handeln anschaut, sieht es hingegen ganz anders aus. Deutschland und Frankreich sind nicht in der Lage, gemeinsam ein Flugzeug zu bauen. Wir schaffen es nicht, mit den Niederländern eine Fregatte zu bauen. Wir sind nicht in der Lage, eingefrorene russische Vermögen in Europa zur Finanzierung der Ukraine zu nutzen. Stattdessen lassen wir die europäischen Steuerzahler bezahlen.

Sind Sie optimistisch, dass sich das ändert?

In der Vergangenheit haben grosse Krisen die EU immer nach vorne gebracht. Ich denke etwa an die Covid-Pandemie oder die Euro-Krise. Ob das jetzt auch der Fall sein wird, wird man sehen. Im Gegensatz zu früher gibt es inzwischen eine veritable antieuropäische politische Strömung in Europa. Ihre Vertreter sind entweder schon in der Regierung oder werden das möglicherweise bald sein. Dann wird sich herausstellen, wie gross die Handlungsfähigkeit der EU tatsächlich ist.

Sie sprechen es an: Viele europäische Regierungen stecken auch in einer innenpolitischen Krise. Rechtsnationale Parteien legen in den Umfragen zu Merz, Macron und Starmer haben alle miserable Beliebtheitswerte. Machen sie alle etwas grundsätzlich falsch?

Diese Entwicklung ist wesentlich älter. In Deutschland beginnt sie mit der Flüchtlingskrise. Doch die Migrationspolitik ist längst nicht mehr der einzige Grund, warum Menschen AfD wählen. In Deutschland ist das zu einer kulturellen Auseinandersetzung geworden. Viele Wählerinnen und Wähler der AfD kommen von den bisherigen Volksparteien. Die kann man nicht einfach als Neonazis beschimpfen. Ein ganz erheblicher Teil ist frustriert von der Differenz zwischen Reden und Handeln in der deutschen Politik. Und dann gibt es einen anderen Teil, der die Demokratie aus den Angeln heben und Deutschland auch innerhalb der EU völlig anders positionieren will. Eine AfD in



«Unsere Gesellschaft braucht nicht noch mehr Angst, sondern Zuversicht», sagt Sigmar Gabriel.

DORO ZINN / LAIF

«Wäre Merkel Kanzlerin geblieben, hätte es keinen Krieg gegeben»

Die Angst der Europäer vor Wladimir Putin sei übertrieben, sagt Sigmar Gabriel im Gespräch mit Jonas Roth und Benedict Neff. Der ehemalige SPD-Aussenminister plädiert für Verhandlungen mit den Russen

→ textischer Fehler
dumme / unvorteilhafte Belästigungen / Demütigungen
erzeugen Trotz-Realitäten

das aber nicht effektiv: Die AfD legt zu, während die anderen Parteien in Links-rechts-Koalitionen immer weiter an Profil verlieren. Wie kommt man da heraus?

Die Brandmauer ist in der Gesellschaft mit Sicherheit gescheitert. Sonst hätten Sie keine Partei, die bundesweit auf 30 Prozent kommt. Trotzdem finde ich die Trennungslinie richtig: Die AfD darf nicht in die Regierung. Deutschland hat schon einmal versucht, eine Rechtsaussenpartei einzuhängen, indem man sie in die Regierung holte. Das Ergebnis war die Zerstörung der ersten deutschen Demokratie. Nun ist die AfD nicht die NSDAP, bei weitem nicht. Aber sie grenzt sich von diesen destruktiven Kräften, die die Verfassung zerstören wollen, auch nicht ab. Deswegen ist es richtig, dass die demokratischen Parteien nicht mit der AfD zusammenarbeiten. *eventuell nur taktisch verbal*

Auch wenn sie damit die AfD stärken?

Die AfD wird sich nicht damit zufriedengeben, einfach ein paar Regierungsmandate zu haben. Sondern sie wird versuchen, die Republik zu verändern. Wenn sie eine Ministerpräsidentenmehrheit bekommt, dann wird sie die Landesverfassungsgerichte verändern, die Richter, die Polizeipräsidien, die Lehrer, die Schulleitungen. Dazu dürfen die demokratischen Parteien nicht Hand bieten. Dass es klug ist, permanent über die Brandmauer zu reden, bezweifle ich aber. Die AfD hat es sich wunderbar gemächlich gemacht hinter der Brandmauer. Eine politische Auseinandersetzung mit der AfD fehlt.

Das Phänomen rechter Anti-Establishment-Parteien lässt sich ja in ganz Europa beobachten. Was müssen die etablierten Parteien tun, wenn sie sich gegen diese behaupten wollen? *Regress*

In all diesen Demokratien gibt es viele Menschen, denen nationalistische Lösungen inzwischen besser erscheinen als der permanente Verweis auf die Globalisierung. Deutschland ist ein grosser Gewinner der Globalisierung, aber es gibt eben auch echte Verlierer in unserem Land. Sie haben die grosse Angst, ihre Jobs zu verlieren. Ehrlich gesagt entspricht das auch der Realität. Und sie vertrauen den Politikern nicht mehr. Diese haben in der Vergangenheit immer gesagt: Der New Green Deal wird die neuen Jobs schaffen. Stattdessen hat er dazu beigetragen, dass industrielle Arbeitsplätze in dramatischem Ausmass verloren gingen.

Und was soll die Politik diesen Menschen sagen?

Wir brauchen eine ehrliche Debatte darüber, warum Deutschland in existenziellen Schwierigkeiten steckt. Aber das passiert nicht. Da wird dann das Schlagwort Zeitenwende in die Gegend geworfen, aber das ist nur die halbe Wahrheit. Wir sind unfassbar bürokratisch geworden, wir sind langsam geworden. Das hat nichts mit der Weltpolitik zu tun, dafür sind wir selber verantwortlich.

Sie plädieren für mehr Ehrlichkeit. Wie schlägt sich dabei die jetzige Bundesregierung?

Friedrich Merz versucht durchaus, zu erklären, in welcher Lage wir sind. Aber meine Partei, die SPD, benimmt sich in der Koalition immer noch so, als ob sie Minister in einer fremden Regierung hätte. Sie entsendet ihre Minister und spielt dann Opposition. Dieses Verhalten der SPD ist natürlich lebensmüde.

Fremdelt nur die Partei mit dieser Regierung, oder tun das auch die SPD-Minister selbst?

Manchmal sogar die Minister, wenn ich an die schlimmen Auseinandersetzungen vergangener Koalitionstreffen denke. Das ärgert mich sehr. Die SPD hat nur eine einzige Chance: Sie muss mithelfen, dieser Regierung zum Erfolg zu verhelfen. Sie muss ein Interesse daran haben, dass der Kanzler erfolgreich ist, nur dann hat auch die Sozialdemokratie eine Chance.

hat, aber notwendig war.

Und innenpolitisch?

Da hat er es schwerer. Er hat Hardliner in der Partei, deren Reformideen eine weitgehende Zerstörung des Sozialstaates zur Folge hätten. Und er hat es mit einer SPD zu tun, die mit Zähnen und Klauen alles verteidigt, was in diesem Sozialstaat drinsteckt. Das ist auch falsch. Der Sozialstaat ist die grösste Errungenschaft des 20. Jahrhunderts. Sein Ziel war und sollte es sein, Herkunft von Zukunft zu trennen. Er soll die Bedingungen schaffen, unter denen jedes Leben gelingen kann. Das gelungene Leben aber muss jeder und jede selbst in die Hand nehmen. Der Sozialstaat ist nicht dazu da, sich für jede Lebenslage eine Sozialhilfeleistung auszudenken. Den Sozialstaat für allzuständig zu erklären, an diesem Missverständnis trägt die SPD eine Mitschuld. Diesen Sozialleistungsfetischismus muss man wieder zurückführen auf das, was der Sozialstaat eigentlich war: eine Freiheitsidee.

Europa ringt auch um seine Verteidigungsbereitschaft. Ist diese Aufgabe noch dringlicher angesichts des Aufstiegs populistischer Parteien, die oft russlandfreundlich und EU-kritisch sind?

Das ist inzwischen eine Binsenweisheit, dass wir aufrüsten müssen. Und die meisten europäischen Mitgliedstaaten tun ja auch sehr viel dafür. Aber die Wahrheit ist auch, dass Deutschland zehn Jahre brauchen wird, bis die Bundeswehr wieder eine Armee ist, die zur Territorialverteidigung fähig ist. Mindestens in dieser Zeit brauchen wir die Amerikaner. Die USA sind für die Verteidigung Europas unentbehrlich. Deswegen verstehe ich, dass man alles versucht, um zu verhindern, dass Trump der Nato endgültig die kalte Schulter zeigt. Die Europäisierung der Nato braucht Zeit. Was viel schneller ginge, ist, die ökonomische Erholung Europas voranzubringen.

Wie meinen Sie das?

In der Debatte kommt die Rolle der wirtschaftlichen Kraft Europas und Deutschlands zu kurz. Wenn wir ehrlich sind, hat man unser Land und Europa nicht wegen seiner militärischen Stärke oder auch nicht wegen seiner Werte geschätzt, sondern wegen seiner ökonomischen Potenz. Und da stellen wir fest: Das ist an vielerlei Stellen schwierig geworden. Die EU redet jeden Tag über Entbürokratisierung und erfindet dann zwei neue bürokratische Regeln. Die Verteidigungsfähigkeit wiederherzustellen, braucht eine gewisse Zeit, unsere ökonomische Potenz könnten wir viel schneller in Schwung bringen.

Sie sprechen von zehn Jahren, bis die Bundeswehr verteidigungsfähig ist. Gleichzeitig warnen europäische Geheimdienste vor einem russischen Angriff auf Nato-Territorium noch in diesem Jahrzehnt. Wie bringen Sie das zusammen?

Ehrlich gesagt nehme ich das nicht ganz so ernst. Die Europäer sagen: «2029 kommen die Russen». Wäre ich Wladimir Putin, dann würde ich schon 2028 kommen. Solche Debatten führen nicht weiter, und sie machen nur Angst. Unsere Gesellschaft braucht aber nicht noch mehr Angst, sondern Zuversicht. Warum verweisen wir nicht darauf, dass wir es schon einmal geschafft haben, einem bedrohlichen Gegner erfolgreich entgegenzutreten?

Sie meinen die Sowjetunion?

Ja. Ohne einen einzigen Schuss abzugeben, ist die Sowjetunion zusammengebrochen. Der Westen, Europa und auch Deutschland hatten eine starke und überlegene Ökonomie, eine verteidigungsfähige Armee, eine handlungsfähige Nato und die Bereitschaft und Fähigkeit zur Diplomatie. Ich bin nicht dafür, dass man Putin unterschätzt. Aber wenn Russland bei Tiktok auf Soldatensuche gehen muss und nach fünf Jahren Krieg gerade einmal 20 Prozent des Territoriums der Ukraine besetzt hat, scheint mir das kein Ausweis gigantischer militärischer Stärke zu sein. Ja, wir müssen aufrüsten, so schnell wie möglich. Aber ich bin fest davon

«Meine Partei, die SPD, benimmt sich in der Koalition so, als ob sie Minister in einer fremden Regierung hätte.»

US-Präsident Biden (wart. in Ukraine involviert) hat das Minsker Abkommen kaputt getrieben & UK-Johnson bedroht seine Kriegshetze!

überzeugt, dass dieses «magische Dreieck» aus wirtschaftlicher Stärke, militärischer Abschreckungsfähigkeit und Diplomatie auch heute unser Erfolgsrezept sein wird.

Sie haben Putin persönlich kennengelernt. Hat er sich in den letzten Jahren verändert, oder gibt es ein Kontinuum in seinem Handeln?

Ich halte nichts davon, wenn Politiker Hobby-Freud spielen. Aber ich kann eine Episode erzählen. Ich habe Wladimir Putin einmal gefragt, wie er eigentlich mit einem Schlächter wie Bashar al-Assad in Syrien gemeinsame Sache machen könne. Seine Antwort war: «Wenn du einen Krieg führst» – er meinte den Krieg gegen den sogenannten Islamischen Staat –, «dann musst du ihn auch mit allen Mitteln gewinnen.» Das zeigt, dass er damals nicht anders dachte als heute. Der Zweck heiligt die Mittel, es gibt keine Grenzen, keine Moral. Und das ist jetzt auch so. ^{1. Unwahr-schalt} ^{2. Dem zum x. Mal wieder auf Kiew}

Sie haben jüngst zu Verhandlungen mit Russland aufgerufen und davor gewarnt, dass das Zeitfenster dazu sich wieder schliessen könne. Wieso ist der Zeitpunkt günstig?

Weil Putin einen Satz gesagt hat, den ich nicht überhören würde. Der erste Halbsatz lautete, dass er gerne mit Schröder verhandeln würde. Wenn man Namen nennt, ist eigentlich schon klar, dass es diese Person nicht sein wird. Aber der zweite Halbsatz lautete, dass ihm auch jeder andere Europäer recht sei. Da würde ich als Europa sagen: «Okay, wir nehmen dich beim Wort.» Was für ein Risiko besteht? Keins. Solange wir uns mit der Ukraine abstimmen und nichts machen, was gegen deren Interesse ist.

führen?

Friedensprozesse beginnen weder mit einer Megafon-Diplomatie auf dem Marktplatz noch mit Verhandlungen auf oberster Ebene. Erst einmal braucht es viele Kontakte auf Arbeitsebene, zwischen Diplomaten. Das, was wir früher einmal «Backchannels» nannten. Aber Europa hat eine ganze Reihe von Menschen, die so etwas könnten. Alexander Stubb in Finnland beispielsweise. Aber auch Angela Merkel, die ja gesagt hat, sie wolle nicht. Aber würden die Europäer sie bitten, würde sie garantiert nicht Nein sagen.

Wie sähe für Sie ein realistisches Friedensszenario aus?

So optimistisch bin ich nicht, dass ich über Frieden nachdenke. Ich wäre erst einmal froh, wenn es zu einem dauerhaften Waffenstillstand käme, zu einem «frozen conflict». Einen Frieden wird es möglicherweise erst in ferner Zukunft geben, wenn wir es schaffen, Russland wieder in eine europäische Sicherheitsarchitektur einzubauen.

Glauben Sie nicht, dass ein eingefrorener Konflikt den nächsten Krieg einfach hinauszögern würde? Beim Minsker Abkommen von 2014 war das auch so.

Selbst jene Ukrainer, die Minsk ablehnten, wären heute froh, wenn wir wieder da wären. Selenski wird in den Verhandlungen weniger angeboten bekommen als damals. Der Krieg wäre nicht in dieser Weise ausgebrochen, wenn die Minsker Abkommen noch in Kraft wären und auch umgesetzt würden. Ich gehe so weit, zu sagen: Wäre Angela Merkel Kanzlerin geblieben, hätte es keinen Krieg gegeben. In Minsk hat man die Russen immerhin am Verhandlungstisch eingebunden und konfrontiert. Auch aus russischer Sicht waren die Abkommen etwas, was zumindest eine fragile Stabilität enthielt.

Weshalb hat Putin dann diesen Angriff gestartet, wenn er mit dem Minsker Abkommen eigentlich die Stabilität hatte, die er wollte?

Natürlich wollten die Russen immer mehr. Und zur Wahrheit gehört eben leider auch, dass die Minsker Verhandlungen im Alltag von beiden Seiten nahezu täglich missachtet wurden. Mit dem Weggang von Merkel fehlte eine treibende Kraft, die Russland nicht aus der Verantwortung entlassen wollte. Noch auf ihrem letzten Ratsgipfel der EU im Jahr 2021 – also vor Ausbruch des Krieges – hatte Merkel gefordert, eine Verhandlungsgruppe aus Europa nach Moskau zu schicken, weil sie wohl ahnte, dass Russlands Politik auf eine Ausweitung des Krieges hinauslief. Bis auf Viktor Orban haben alle europäischen Staats- und Regierungschefs diesen Vorschlag der deutschen Kanzlerin in Bausch und Bogen abgelehnt. Ob man den Krieg am Ende hätte verhindern können, weiss ich auch nicht. Aber den Versuch zu unternehmen, wäre klüger gewesen.

Wenn die Russen eigentlich schon immer mehr wollten, dann war doch die deutsche Politik gegenüber Putin nach der Krim-Annexion naiv: Mit Nord Stream 2 setzte man immer noch auf wirtschaftliche Kooperation.

Ach Gott, das haben wir schon so oft besprochen. Über Nord Stream 2 haben wir auch nach der Krim-Besetzung weiter verhandelt, um sicherzustellen, dass Russland die Ukraine nicht von der Gasversorgung abkoppelt. Wir haben damals mit Putin verhandelt, um den Krieg im Donbass nicht auszuweiten. Wenn man in einer solchen Situation sagt: «Übrigens, dein Lieblingsprojekt Nord Stream 2 werden wir stoppen», führt das gewiss nicht zu einer besseren Verhandlungsposition. Vielmehr wären dann die Gespräche vermutlich vorbei gewesen, bevor sie richtig begonnen hätten.

Dabei hat die deutsche Politik die ukrainischen Interessen offensichtlich vernachlässigt.

Wir haben damals durchsetzen können, dass Putin trotz Nord Stream 2 die transukrainische Pipeline weiter betreibt und auch die Gebühren für die Durchleitung des Gases nach Ost- und Mitteleuropa weiter bezahlt. Bis vor kurzem war das im gesamten Ukraine-

→ Markus Frohneuer auf Russland-Konten...

«Eines müssen sich die Europäer abschminken:

Das alte Amerika kommt nicht zurück, egal, wie der Präsident heisst.»

Krieg der Fall. Am Ende hat Europa dann das Gas aus der transukrainischen Pipeline bezahlt und es sozusagen zurück in die Ukraine exportiert. Mit diesem «reverse flow» entkoppelte man Russland und die Ukraine und stellte zugleich die Versorgung der Ukraine sicher. Nichts davon wäre gelungen, wenn wir gleich am Anfang Nord Stream 2 aufgekündigt hätten. Dass wir damit auch deutsche wirtschaftliche Interessen verfolgt haben, ist natürlich ebenfalls richtig. ^{Biden: Ich will Nord Stream stoppen}

Im Iran-Krieg haben die Europäer Trump ganz klar signalisiert: Das ist nicht unser Krieg, wir machen nicht mit. Ja, und das war richtig. Es ist nicht unser Krieg.

Wäre es nicht eine Chance gewesen, sich mit den USA solidarischer zu zeigen und im Gegenzug mehr Unterstützung für die Ukraine zu fordern?

Erstens können Sie sich nicht sicher sein, ob Donald Trump sich an eine solche Verabredung gehalten hätte. Zweitens fordern Sie die Europäer damit dazu auf, sich an einem völkerrechtswidrigen Krieg zu beteiligen, in dem es ganz offensichtlich keinerlei Strategie gab. Wir würden jetzt zu den Verlierern des Iran-Krieges gehören.

Es war also richtig, einfach an der Seitenlinie zu stehen?

Das ist ein seltsames Bild. Wir reden hier nicht über ein Fussballspiel, sondern über einen Krieg, der die gesamte Weltwirtschaft auf Talfahrt geschickt hat und bei dem die Iraner neben ihrem Atomprogramm mit der Sperrung der Strasse von Hormuz eine zusätzliche Waffe in die Hand bekommen haben. Wir hätten unseren Part-

ler Defensivwallen anbieten können, damit sie sich verteidigen können: Katar, Saudiarabien, den Emiraten, Israel sowieso. Denn natürlich haben wir erstens selber Interessen in der Strasse von Hormuz, und zweitens wäre das ein deutliches Signal an die Golfstaaten gewesen, dass Europa ihnen zur Seite steht.

Merz hat sich wegen des Iran-Kriegs mit Trump verkracht. Allgemein scheinen die Europäer noch immer nicht zu wissen, wie sie mit Trump umgehen müssen. Was ist die richtige Einstellung?

Sie müssen ihm gegenüber klar sein und vor allem Stärke zeigen: Stärke in den Bemühungen, aufzurüsten, aber auch Stärke in den ökonomischen Antworten auf den Zollkrieg. Trump reagiert auf Stärke, nicht auf Schmeicheleien.

Gleichzeitig steht das transatlantische Verhältnis auf dem Spiel. Trump zieht Waffensysteme und Truppen aus Europa ab. Wie gross ist diese Krise wirklich?

Sie ist schon gross, und zwar dadurch, dass Trump schon seit vielen Jahren immer wieder die Nato infrage stellt. Er muss gar nicht austreten. Es reicht schon, dass die Führungsnation der Nato das Bündnis infrage stellt. Das wirkt in Moskau wie eine Einladung, uns zu testen. Aber es gilt eben auch: Donald Trump ist nicht die USA. Knapp 50 Prozent der Wähler haben nicht für ihn gestimmt. Es gibt massiven Widerstand innerhalb der Republikanischen Partei gegen den Iran-Krieg. Es ist Trumps letzte Amtszeit. Deshalb müssen wir versuchen, einen intensiven Kontakt zu den USA zu halten, auch zu jenen Leuten, die auf Trump folgen könnten.

Zu wem zum Beispiel?

Etwa zu Marco Rubio, der wahrscheinlich kein einfacher Nachfolger wäre, bei dem das Denken in Allianzen aber immerhin eine wichtige Rolle spielt. Eines jedoch müssen sich die Europäer abschminken: Das alte Amerika kommt nicht zurück, egal, wie der Präsident heisst. Die USA sagen zu Recht, dass sie nicht mehr die ganze Welt in der Balance halten können. Sie müssen sich wirtschaftlich, politisch und militärisch auf den eigentlichen Herausforderer China konzentrieren. Wir Europäer können das nicht, wir haben im Indopazifik überhaupt nichts zu melden. Wir müssen froh sein, dass die USA sich diesen Herausforderungen stellen. Abseits der Skurrilitäten, die Trump mit sich bringt, wird sich an den geopolitischen Interessen nichts grundlegend verändern.

Hat Trump diesen Fokus auf China überhaupt?

Trump hat versucht, die Chinesen mit Zöllen zu überziehen. Dann hat er festgestellt, dass die Chinesen stark genug sind, um zu antworten. Also hat Trump die Zölle wieder zurückgenommen und auf bessere diplomatische Beziehungen gesetzt. Unter Trump gibt es wieder das Denken in Hemisphären. Die Überlegung in seinem Kopf ist offensichtlich, dass sich die USA und China die Welt aufteilen sollen. Und die Europäer sollen zusehen, wie sie klarkommen. Das müssen wir ernst nehmen und unsere gemeinsamen Stärken ausbauen.

Der deutsche Geopolitiker

ben, Jon. · Sigmar Gabriel ist der talentierteste deutsche Sozialdemokrat seiner Generation: rhetorisch beflissen, aussenpolitisch · versiert und mit wachem politischem Instinkt. Seit 1977 politisiert er in der SPD. Von 2009 bis 2017 stand er der Partei vor. Unter Angela Merkel war er zunächst Umweltminister, dann Minister für Wirtschaft und Energie und schliesslich deutscher Aussenminister. Von 2013 bis 2018 war er zudem Vizekanzler. Seit seinem Ausscheiden als Minister ist der 64-Jährige Vorsitzender der Atlantik-Brücke, die die deutsch-amerikanischen Beziehungen fördern will. Er ist zudem als Berater und Publizist tätig.

↳ Fazit eher: es braucht keine Verschwendung von Steuereinkommen für Aufrüstung, sondern konstruktive Friedensverhandlungen & eine Anerkennung von...
1) Parteien polit. (NATO etc.)